

23. August 1916 - vor 95 Jahren wurden in einem Revisionsverfahren vier Jahre Zuchthaus gegen Karl Lieb knecht verhängt,
27. August 1951 - vor 60 Jahren begann ein Streik von 60.000 Hessischen Metallarbeitern um höhere Löhne gegen Preissteigerungen, der am 23. September erfolgreich abgeschlossen werden konnte,
3. September 1936 - vor 70 Jahren begann eine Weltfriedenskonferenz in Brüssel mit 4.000 Delegierten aus 35 Ländern,

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

14. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

6. September 2011

An die Mitglieder der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

Liebe Genossinnen und Genossen,

im März 2010 stellten unsere damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine den ersten Entwurf für unser neues Programm der Öffentlichkeit vor. Seitdem hat es innerhalb der Partei – auch in unserem Landesverband – eine breite und lebhaft e Debatte darüber gegeben.

Am 2./3. Juli 2011 verabschiedete der Parteivorstand auf der Grundlage einer durch die Redaktionskommission überarbeiteten Fassung den Leitantrag (Programm) an den Erfurter Bundesparteitag im Oktober dieses Jahres. Der Landesvorstand hat sich entschlossen, dieses zentrale Thema auch zum Gegenstand unseres kommenden Landesparteitages am 24./25. September 2011 zu machen und darum einen Antrag vorgelegt, der die Debatte im Landesverband Sachsen-Anhalt bündeln und einige wichtige Prämissen vor der Beschlussfassung im Oktober benennen soll. Zu beiden Dokumenten möchten wir im Landesverband eine möglichst breite Diskussion ermöglichen und laden darum alle Mitglieder herzlich ein zur

Basiskonferenz zur Programmdebatte der LINKEN für den südlichen Teil Sachsen-Anhalts am Freitag, dem 16. September 2011, um 17.30 Uhr, in Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6;

Folgenden Ablauf schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung
2. Zur Programmdebatte in der Partei und dem vorliegenden Leitantrag an den Bundesparteitag
3. Zum Leitantrag „Freiheit und Sozialismus“ an den Landesparteitag
4. Diskussion
5. Fazit

Ich bitte Euch, diese Einladung in Euren Gliederungen breit bekannt zu machen und für eine rege Teilnahme an den Basiskonferenzen zu werben.

Ich freue mich auf Eure Teilnahme und verbleibe mit solidarischen Grüßen
Matthias Höhn, Landesvorsitzender

Von Verantwortung und kollektiver Amnesie

Wulf Gallert sprach im Landtag zur Aktuellen Debatte „50 Jahre Bau der Berliner Mauer“

„Der 13. August 1961 ist ein Datum, das mahnt, grundlegende Freiheitsrechte niemals zur Disposition zu stellen“, sagte Wulf Gallert. Anlässlich des bevorstehenden 50. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer hatte die SPD-Fraktion zur jüngsten Landtags-sitzung eine aktuelle Debatte auf den Plan gerufen, die unter anderem kollektive Amnesie in den Reihen der CDU-Fraktion offenbarte. An der Verantwortung seiner Vorgängerpartei für den Mauerbau und die Folgen sei nicht zu rütteln, sagte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Sein CDU-Amtskollege André Schröder war hingegen unheimlich „stolz“, einer Partei anzugehören, die schon immer für die Wiedervereinigung gekämpft habe.

Schröder hatte es sich wahrscheinlich einfacher vorgestellt, die Mitverantwortung der Ost-CDU als damalige Blockpartei an den Geschehnissen in der DDR unter den Tisch zu kehren. Eine kritische Selbstreflexion der CDU forderte dann nicht nur Wulf Gallert ein, sondern mit ihm der Abgeordnete der Grünen, Sebastian Striegel. Nun gut, Schröder ließ sich davon nicht wirklich beeindrucken. Man kann das Ganze auch als ziemlich peinliche Rumeierei umschreiben, das schlichtweg die Antwort schuldig blieb, wie die CDU mit ihrer eigenen DDR-Vergangenheit umgehen will.

Mit seinem Redebeitrag für die Linksfraktion war Wulf Gallert auf den SPD-Abgeordneten Gerhard Miesterfeldt und Ministerpräsident Reiner Haseloff als Redner der Landesregierung gefolgt. Es war

falsch, die Mauer als antifaschistischen Schutzwall zu bezeichnen – sie war nach innen gerichtet und nahm den Menschen das Recht auf Freizügigkeit, sagte er. „Eine Gesellschaft führt ihre Ideale ad absurdum, wenn sie zu Mitteln greift, die diesen Idealen entgegenstehen“, fügte Wulf Gallert hinzu. Er plädierte gegen eine Differenzierung unterschiedlicher Fluchtmotive – seien es politische oder ökonomische Gründe gewesen, die Menschen zum Verlassen der DDR bewegten.

Gerhardt Miesterfeldt hatte unbestritten Recht, als er meinte, dass jeder Tote an der Mauer einer zu viel war. Das machte sich auch am Beifall quer durch alle Fraktionen bemerkbar, wobei Wulf Gallert Miesterfeldts Reduzierung der DDR auf einen „Gefängnisstaat“ ablehnte. Reiner Haseloff forderte, die Wiedervereinigung auch in den Köpfen zu Ende zu führen, um von Sören Herbst sein Interview zur „unkomplizierten“ weil „diktaturerfahrenen“ ostdeutschen Frau um die Ohren gehauen zu bekommen. Als Redner der Fraktion Die Grünen hatte Herbst zudem eine bessere Vermittlung deutsch-deutscher Geschichte an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ange-mahnt.

Letztlich sei die Frage, welche Schlussfolgerungen man für die Zukunft aus der politischen und moralischen Verurteilung der Mauer zieht, sagte Wulf Gallert. Gleiche Bewertungsmaßstäbe müsse man auch im Hier und Jetzt setzen – in einer globalisierten Welt, in der Freizügigkeit als universelles Menschenrecht ihre Gültigkeit nicht an

den Grenzen Europas verlieren darf. Einmal mehr unterstrich der Fraktionsvorsitzende der LINKEN damit die Kritik seiner Partei an der Abschottung der europäischen Grenzen gegen Flüchtlinge. „An dieser Stelle andere Bewertungskriterien anzusetzen, ist unglaublich unwürdig“, sagte er.

Anderes Thema, andere Diskussion – aber auch die anschließende aktuelle Debatte der jüngsten Landtags-sitzung gab hinreichend Anlass, Allgemeingültigkeit bestimmter Bewertungskriterien einzufordern. Auf Antrag der Fraktion Die Grünen setzte sich das Parlament mit den per Presse öffentlich gewordenen Ansinnen eines so genannten Radikalerlass des Innenministers Holger Stahlknecht auseinander, der die aktive Verfassungstreue als Voraussetzung für die Einstellung in den öffentlichen Dienst fordert und der in ähnlicher Form in der Bundesrepublik des Jahres 1972 für wenig ruhmreiche deutsche Geschichte sorgte. Dass es in diesem Zusammenhang eben auch in Westdeutschland Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Gesinnungsschnüffelei und Repressionen in Form von Berufsverboten gab, machte die Linksfraktions-abgeordnete Gudrun Tiedge deutlich. „Solche Dinge lassen sich eben nicht nur mit der Systemfrage erklären“, meinte Wulf Gallert.

Innerhalb der Debatte zum Radikalerlass hatte der Redner der CDU-Fraktion, Jens Kolze, bereits einen sehr umfangreichen Katalog an Fragen vorgestellt, mit denen Bewerber im öffentlichen Dienst zwecks Überprüfung ihrer Gesinnung konfrontiert werden

sollen. Nicht nur zur Verwunderung Gudrun Tiedges, die, wie sie sagte, docheher darauf hoffte, dass Holger Stahlknecht seine Idee nur so dahergesagt hätte. Auch der Landesvorsitzende der LINKEN, Matthias Höhn, sah sich letztlich zu einer Nachfrage veranlasst, denn unter anderem soll der Radikalerlass die Übereinstimmung eines Bewerbers im öffentlichen Dienst mit der Asylpolitik der Bundesrepublik prüfen. „Ich kritisiere die Asylpolitik der Bundesrepublik sehr wohl und das spätestens seit 1993“, sagte Matthias Höhn. Um sich anschließend zu vergewissern, ob er deshalb bereits ein Verfassungsfeind sei. Gudrun Tiedge sprach sich für die Linksfraktion deutlich gegen Stahlknechts Vorhaben eines Radikalerlasses aus. Beispielsweise sei es sinnvoller, ein erneutes und vielfach angekündigtes NPD-Verbotsverfahren anzustreben, wofür man bisher jedoch nicht im Entferntesten bereit gewesen sei, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen – etwa den Abzug aller V-Leute aus der Partei.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtverband
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
01.09.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 15.09.2011

Der Stadtvorstand DIE LINKE Halle beruft für Samstag, den 05. November 2011, 10:00 Uhr den 4. Stadtparteitag ein.

Den Delegierten wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Konstituierung des Stadtparteitages
2. Bericht des Stadtvorstandes
3. Wahl des Stadtvorstandes
4. Wahl der Finanzrevisionskommission
5. Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag 2012/2013
6. Wahl der Mitglieder des Landesausschusses 2012/2013

Die Basisorganisationen werden gebeten, nach Veröffentlichung dieses Beschlusses bis 08. Oktober 2011 Vertreterinnen und Vertreter nach nachfolgendem Schlüssel zu wählen.

1. Jede Basisorganisation erhält 2 Grundmandate.
2. Basisorganisationen mit mehr als 20 Mitgliedern erhalten Zusatzmandate nach folgendem Schlüssel:
21-30 Mitglieder - 2 Zusatzmandate
31-40 Mitglieder - 4 Zusatzmandate
41-50 Mitglieder - 6 Zusatzmandate
51-60 Mitglieder - 8 Zusatzmandate
61-70 Mitglieder - 10 Zusatzmandate
71-80 Mitglieder - 12 Zusatzmandate
3. Die im Stadtverband organisierten Arbeitsgemeinschaften sowie der Studierendenverband und der Jugendverband erhalten jeweils 2 Grundmandate.

Über die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter ist ein Wahlprotokoll zu fertigen, dieses ist bis 08. Oktober 2011 beim Stadtverband einzureichen. Wahlprotokollen, die nach diesem Termin eingehen, ist eine Erklärung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter beizufügen, dass ihnen bekannt ist, dass auf dem Stadtparteitag Wahlen stattfinden und sie auf die Einladungsfrist nach § 3 (2) der Wahlordnung verzichten.

Christopher Street Day Halle (Saale) 2011

Straßenfest am 10. September auf dem Markt - Motto: Vielfalt bereichert!

Am Sonnabend, dem 10. September 2011 findet auf dem Marktplatz der Christopher Street Day (CSD) in Halle statt, der gemeinsam vom Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e. V. und der AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e. V. veranstaltet wird.

Der CSD ist der internationale Aktions- und Feiertag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und deren Angehörigen und FreundInnen. Er erinnert an den Aufstand vom 28. Juni 1969 in der Christopher Street in New York, bei dem sich Schwule, Lesben und Transsexuelle gegen staatliche Repressionen und Willkür erstmalig vereint zur Wehr gesetzt haben.

In vielen Städten der Bundesrepublik sowie weltweit finden über den ganzen Sommer CSD's statt, auf denen die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung eingefordert wird. Wie in den Jahren zuvor soll wieder ein eindrucksvolles Zeichen in der Öffentlichkeit gegen Homophobie und Diskriminierung bzw. für die Anerkennung und Wertschätzung der Vielfalt sexueller Orientierungen und verschiedener Beziehungs- und Familienformen gesetzt werden.

Der CSD Halle steht in diesem Jahr unter dem Motto „Vielfalt bereichert!“, gemeinsam mit dem CSD Magdeburg wurden politische Forderungen aufgestellt (siehe rechte Spalte).

In der Woche vor dem CSD finden verschiedene Veranstaltungen statt (siehe Seite -5-).

Am 10. September gibt es auf dem Markt von 11 bis 18 Uhr ein buntes Bühnenprogramm, welches mit Ständen von Vereinen, Institutionen und Parteien und gastronomischen Angeboten umrahmt wird.

Zu Beginn des CSD werden als Zeichen der Solidarität und als Bekenntnis zur Vielfalt in unserer Stadt am Ratshof und am Stadthaus Regenbogenfahnen gehisst.

Die BesucherInnen erwarten Auftritte der Big-Band von der Musikschule Saalekreis, vom Sänger Bernard J. Butler, die mitreißende MOTOWN DANCE BAND aus Halle und der Seiltänzer Benjamin Löffler. Die Schwestern der Perpetuellen Indulgenz werden ebenso für Furore sorgen und die Kampagne „Ich weiss was ich tu“ der Deutschen AIDS-Hilfe wird sich vorstellen. Auf einer Talk-Runde wird am Nachmittag zum Thema „10 Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft – Reif für die Ehe!“ diskutiert. Am Abend findet ab 21 Uhr die CSD-Abschlussparty in der „Bel Etage“ (Com-Center, Philipp-Müller-Straße 57) statt. Bis weit in die Nacht kann hier getanzt und gefeiert werden.

Der CSD Halle (Saale) 2011 wird von verschiedenen Institutionen, Organisationen und Personen unterstützt.

Wir danken besonders der Aktion Mensch (Förderprogramm dieGesschafter.de), dem Land Sachsen-Anhalt, der Stadt Halle (Saale), der Deutschen AIDS-Hilfe (Kampagne „Ich weiss was ich tu“), der Saalesparkasse, der Partei DIE LINKE (Verein Bundestagsfraktion, Solidaritäts Landtagsfraktion, Stadtverband Halle) und Thomas und Marcel Dörner.

CSD-Forderungen 2011 für Sachsen-Anhalt

Der Lesben- und Schwulenpolitische Runde Tisch Sachsen-Anhalts beschloss am 30. Mai einstimmig folgende Forderungen für die CSD 2011 in Magdeburg und Halle:

1. Ergänzung der Gleichbehandlungsartikel im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt um das Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität
2. Vollständige rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartner_innen mit Eheleuten, z. B. beim Einkommenssteuerrecht und beim Recht auf Gründung einer Familie (gemeinsames Adoptionsrecht und gleichberechtigter Zugang zur Insemination) mit dem Ziel einer Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts
3. Verabschiedung eines gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für die Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bi, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie auf Bundes- und Landesebene (Aktionsplan für Selbstbestimmung und Akzeptanz vielfältiger Lebensweisen), der auch die Bildungspolitik umfasst
4. Vollständige Rehabilitierung der Menschen, die nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen ihrer Homosexualität verurteilt und ihrer Freiheit beraubt wurden, Einrichtung eines Entschädigungsfonds und Aufhebung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1957, das den § 175 in seiner nationalsozialistischen Fassung für rechtmäßig erklärte.

Veranstaltungen in der Woche vor dem CSD Halle (Saale)

Montag, 5. September 2011, 18 Uhr

Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e. V., Beesener Straße 6
CSD-Eröffnungsparty und Empfang

Mittwoch, 7. September 2011, 17 Uhr

Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e. V., Beesener Straße 6

Vortrag mit Diskussion: Vielfalt als Chance und Potenzial: Eine Einführung in den Diversity-Ansatz mit Stephanie Nordt und Thomas Kugler (KomBi - Kommunikation und Bildung, Berlin)

Der Begriff Diversity steht für Konzepte, die in verschiedenen Kontexten mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen angewandt werden. Der englische Fachausdruck wird oft mit „Vielfalt“ übersetzt oder auch als „Diversität“ bezeichnet und beschreibt die Vielfalt von Menschen in Gesellschaften und Organisationen. Hierbei kann es sich z. B. um Ethnizität, Herkunft, Klasse, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung oder um weitere Merkmale handeln. Während soziale Unterschiede und Ungleichheitserfahrungen häufig problematisiert werden, versteht der Diversity-Ansatz Vielfalt als Chance und als Potenzial.

In ihrem einführenden Vortrag stellen Stephanie Nordt und Thomas Kugler das Diversity-Konzept im Kontext von Antidiskriminierung und Menschenrechten vor. Sie erläutern die Entstehungs- und Wirkungsgeschichten des aktuellen Diskurses zu Diversity.

Die Referierenden gehen im Austausch mit den Zuhörer_innen gerne auf ihre Praxiserfahrungen ein und berichten von ihren persönlichen Erfahrungen in der Pädagogik und Erwachsenenbildung, im akademischen Bereich und in der Bildungsarbeit für Nonprofit-Organisationen.

Der Eintritt ist frei.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt statt.

Donnerstag, 8. September 2011, 19 Uhr

AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt
Süd e. V., Böllberger Weg 189

Buchlesung

„Blaue Augen bleiben blau: Mein Leben“

von Balian Buschbaum, gelesen von Ralf Scheibe

**Christopher Street Day Halle
10.09.2011
ab 11Uhr Marktplatz Halle**



Vielfalt bereichert!

Generell wünsche ich mir jedoch oft mehr Zeit für die politische Arbeit...



Frank Tillmann

1. Frank, Du bist für die Fraktion als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss tätig.

Was motiviert Dich, dieses Ehrenamt auszuüben?

Ganz unabhängig von meiner Mitarbeit im Sportausschuss würde ich mich prinzipiell als politischen Menschen bezeichnen. Deshalb nehme ich natürlich auch Anteil an der Kommunalpolitik in meiner Geburtsstadt, ein bisschen Heimatverbundenheit ist also auch dabei. Und als Breitensportler, der sich beruflich u. a. mit sozialpolitischen Gesundheitsfragen im Kindes- und Jugendalter befasst, ist auch eine gewisse Betroffenheit gegeben, die so oft die Voraussetzung für eine politische Betätigung ist. Außerdem ist es ein Vorzug dieser Aufgabe, in Bezug auf das kommunalpolitische Geschehen in der Stadt an der Informationsquelle zu sitzen.

2. Wie kannst Du Dich als sachkundiger Einwohner in die Fraktion einbringen, woran arbeitest Du mit?

Neben meiner Mitarbeit im Sportausschuss, wo ich vor allem die Entwicklung der Diskussion um die städtische Sportförderrichtlinie

und um das Sportprogramm begleitet habe, bin ich vorrangig an jugend- bzw. sozialpolitischen Themen interessiert. Als Jugendsoziologe habe ich hin und wieder Ergebnisse aus meiner Forschungsarbeit in der AG Jugend und Soziales der Fraktion vorstellt, in der ich mitarbeite. Außerdem unterstütze ich die Initiative zur Einführung eines Sozialtickets in Hallen nach Leipziger Vorbild. Generell wünsche ich mir jedoch oft mehr Zeit für die politische Arbeit, die häufig mit Beruf und Familie konkurriert.

3. Für welche politischen Aufgabenfelder interessierst Du Dich noch außerhalb der Fraktionsarbeit?

Wo liegen Deine Hauptschwerpunkte?

Was mich gerade nach der Landtagswahl (und der anhaltenden politischen Selbstverleugnung der SPD) sehr beschäftigt, ist die Frage, welche Aufgabe DIE LINKE mit ihren Möglichkeiten hier im Land solange wahrnehmen kann – mal abgesehen davon, sich der SPD einmal mehr als möglichst koalitionswürdig zu präsentieren. Stattdessen denke ich an das Alltagsunrecht, das mir in meinem

Umfeld begegnet: die alleinerziehende Mutter dreier Kinder von nebenan, die wegen vorgeblich fehlender Mitwirkung von der ARGE sanktioniert wird oder die Kommilitonin, die mit Kleingedrucktem legalem Betrug im Internet auf den Leim geht. Ich finde, wir LINKE sollten auch außerhalb der Parlamente Anwalt der Schwachen sein. Zum Linkssein gehört es m. M. n. dazu, den Firmen und Behörden mit ihren Rechtsabteilungen, die die Wehrlosigkeit ihrer „Kunden“ schon mit einkalkulieren, den Kampf anzusagen. Mit kreativen Protestformen (Flashmobs, Spendenaktionen, Massenpostsendungen) könnten wir eine gefürchtete Gegenöffentlichkeit schaffen und die Solidargemeinschaft wieder erlebbar machen – das Internet bietet so viele Mobilisierungsmöglichkeiten. Diese Aufgabe können wir nicht der Bildzeitung und „Escher hilft“ überlassen. Und wir haben die Ressourcen dafür. Vielleicht waren die Komitees für Gerechtigkeit doch keine so schlechte Idee und vielleicht haben sie eine zweite Chance verdient – aber diesmal ohne CDU. Immerhin: wir sind ziemlich viele!

Am 22.09.2011 gibt es anlässlich der 4. Woche des Grundeinkommens wieder eine Podiumsdiskussion an der MLU Halle.

18:00 Uhr im Hörsaal XIII, Löwengebäude, diskutieren Ralf Peter Engelke (Berlin) und Sabine Dirlich (Schönebeck) unter Moderation von Wolfgang Geuitjes
„Erst essen – dann arbeiten!“

Die Veranstaltung wird von dem Sozialistisch-Demokratischen-Studierendenverband an der MLU und der LAG Grundeinkommen gemeinsam durchgeführt.
Näheres dazu in der nächsten Ausgabe. wg

Aus der Stadtratssitzung vom 31. August 2011

Gut erholt nach der Sommerpause konnten und wollten die Stadträte die Stadtratssitzung bestreiten! Noch während der Sommerpause flatterte die Beanstandung des halleschen Haushaltes durch das Landesverwaltungsamt in das Rathaus! Noch vor der Sitzung des Stadtrates hatten sich die Fraktionen mit der Oberbürgermeisterin getroffen und über einen Widerspruch diskutiert. Formal hatte die Stadt auch schon einen Widerspruch eingelegt, er musste durch den Stadtrat bestätigt werden. Im Widerspruch wurde u. a. kritisiert, dass der Finanzhaushalt der Stadt durch zu geringe Zahlungen durch das Finanzausgleichsgesetz belastet wurde. Es gab z.T. heftige Kritiken der Stadträte an das Land, aber auch an die Oberbürgermeisterin. Unsere Fraktion stellte sich hinter den Widerspruch und stimmte dem auch zu. Alle Jahresabschlüsse (Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & KG; Stadtwerke, TGZ, Bio-Zentrum) wurden ohne größere Diskussion im Stadtrat bestätigt. Zurückgezogen wurde allerdings der Jahresabschluss des Multimediazentrums. Hier gibt es noch Beratungsbedarf in den Ausschüssen. Beschlossen wurde auch eine neue Städtepartnerschaft mit der Stadt Savannah, Georgia (Verenigte Staaten von Amerika). Unsere Fraktion war in der Abstimmung geteilt, es gab Zustimmungen und Enthaltungen. Die Gründe für die Stimmenthaltung waren derart, dass einige unserer Stadträte meinten, dass man lieber die vorhandenen Städtepartnerschaften mit mehr Leben erfüllen sollte. Zugestimmt haben wir dann wieder der Vorlage „Genehmigung einer Mehraus-

gabe für das Vorhaben „Um- und Ausbau Volkspark“ im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2011. Das entsprechende Geld ist eine zweckgebundene Landeszuweisung, die dem Verein Volkspark e. V. zukommt. Die entsprechenden Eigenmittel werden vom Verein aufgebracht, so dass der Stadt Halle keine Kosten entstehen. Es soll dort eine generationsübergreifende Begegnungsstätte entstehen. Dem Bebauungsplan zur Wohnbebauung in Halle-Büschdorf konnten wir auch zustimmen. Uwe Köck konnte in der Diskussion noch eine Anregung geben, die darauf gerichtet ist, bei der Planung auf den hohen Grundwasserstand in der Nachbarschaft zu achten. Auch dem Bebauungsplan Nr. 148 - hier geht es um den Bereich Rosengarten/ Industriestraße - konnten wir zustimmen. Zustimmen konnten wir dem (geänderten) Antrag der SPD zur Ehrung von Bürgern. Ziel ist es, dass engagierten BürgerInnen eine Anerkennung der Stadt damit zu teil werden könnte. Ehrenbecher oder der Titel „Ehrenbürger“ sind Auszeichnungen, die ja nur sehr wenige BürgerInnen bekommen. Zugestimmt haben wir auch dem Antrag „Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige“. Der Antrag wurde mehrheitlich im Stadtrat bestätigt. Damit ist die Stadtverwaltung beauftragt, die Landesregierung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass auch MigrantInnen bei den Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben können, also eine Gesetzesänderung vollziehen. In anderen Kommunen wird diese Regelung auch schon praktiziert. Die CDU-Fraktion stimmte übrigens gegen den Antrag! Ebenfalls eine Mehrheit fand

der Antrag zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe in der Stadt Halle - auch mit unseren Stimmen. Emotional ging es dann wieder bei der Abstimmung des Antrages zum Rauchverbot auf Spielplätzen zu. Die Diskussion rankte sich vor allem darum, ob solche Verbote umsetzbar wären. Letztlich stimmte eine Mehrheit - auch unsere Fraktion - für den Antrag. Wir möchten, dass Kinder „rauchfrei“ spielen können!

Nicht angenommen wurde der Antrag der CDU-Fraktion, das Projekt Wildwasserpark Pulverweiden als gemeinsames Projekt der Stadt und des Vereins Böllberger SV zu realisieren. Die CDU stimmte übrigens gegen ihren eigenen Antrag, weil es neue Erkenntnisse gäbe, die zu dieser Entscheidung führen. Zurückziehen wollte man den Antrag aber auch nicht, weil sonst keine Diskussion zu diesem Thema möglich wäre! Bodo Meerheim begründete unsere Nichtzustimmung mit der Tatsache, dass immer davon ausgegangen wurde, dass die Realisierung des Projektes der Stadt kein Geld kostet. Der jetzt gestellte Antrag impliziere aber etwas anderes! Es gab Ablehnungen und Enthaltungen in der Fraktion dazu. Noch einmal haben wir den gemeinsamen Antrag zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und sowie Grund- und Förderschulen) zurückgestellt. Er wird dann wieder auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen.

Ute Haupt